

Sitzung vom 26. April 2000

**682. Dringliche Anfrage (Notstand auf dem Informatik-Arbeitsmarkt)**

Die Kantonsräte Hartmuth Attenhofer, Zürich, und Gaston Guex, Zumikon, sowie Mitunterzeichnende haben am 27. März 2000 folgende Anfrage eingereicht:

Rund 10000 Informatikerinnen und Informatiker fehlen der Schweizer Wirtschaft jährlich, davon knapp die Hälfte im Wirtschaftsraum Zürich. Die «Zürcher Lehrmeistervereinigung Informatik» geht davon aus, die Möglichkeiten seien vorhanden, «weitere 100000 Arbeitsplätze in der Informatik und Kommunikation zu schaffen, wären die Fachleute am Markt vorhanden». Die Informatik ist unbestrittenermassen die Zukunftstechnologie, die eine wichtige Schlüsselfunktion im Wirtschaftsraum Zürich spielt. Wird der Mangel an Informatik-Fachleuten nicht schnellstens und vor allem nachhaltig abgewendet, entstehen Lücken und Einbussen, die schwere Folgen für die Wirtschaft zeitigen werden. In dieser Lage ist der Kanton Zürich gehalten, nicht nur Entscheide aus «Bern» abzuwarten, sondern zusätzlich eigene Wege zu beschreiten und vor allem in der Berufsbildung auch unkonventionelle Ideen zu verwirklichen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Lage auf dem Informatik-Arbeitsmarkt? Teilt er unsere Sorge, dass sich die akute Notlage auf den Wirtschaftsraum Zürich negativ auswirkt?
2. Welche kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen, insbesondere im Bildungsbereich, kann beziehungsweise wird er ergreifen, um den akuten und in Zukunft sich noch verschärfenden Mangel an Informatikerinnen und Informatikern zu beheben?
3. Ist der Regierungsrat bereit, seinen arbeitsrechtlichen Spielraum zu nutzen, um die Situation zu entschärfen?
4. Wird der Regierungsrat zur Behebung dieses Notstands auch unkonventionelle Schritte unternehmen? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?

Der Kantonsrat hat die Anfrage am 27. März 2000 dringlich erklärt.

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die dringlich erklärte Anfrage Hartmuth Attenhofer, Zürich, und Gaston Guex, Zumikon, sowie Mitunterzeichnende wird wie folgt beantwortet:

Die Feststellung, dass die Lage auf dem Informatik-Arbeitsmarkt sehr angespannt ist, trifft zu. Der Wirtschaftsstandort Zürich ist davon im besonderen Masse betroffen. Negative Auswirkungen bezüglich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sind nicht auszuschliessen. Die knappe Verfügbarkeit von Informatikfachleuten auf dem Arbeitsmarkt ist indessen nicht ein Sonderproblem des zürcherischen Arbeitsmarktes, sondern gesamtschweizerisch und sogar europaweit zu beobachten. Die volkswirtschaftlichen Folgen des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften können erheblich sein, wenn ansässige Unternehmungen nur beschränkt wachsen können und Neuansiedlungen erschwert werden. Der Mangel ist schon seit längerer Zeit feststellbar. Unklar war allerdings, wie weit er durch das Millenniums-Problem verschärft oder gar verursacht wurde und sich in diesem Jahr entspannen würde. Heute zeigt sich, dass der Informatiker-Mangel weiterbesteht und sich eher noch verschärfen wird. Rücksprachen mit Unternehmungen im Informatikbereich zeigen indessen auch, dass die Situation unterschiedlich beurteilt wird. Firmen, die in den letzten Jahren in die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden investiert haben, sind deutlich weniger stark betroffen.

Die Entwicklung der Informations-Technologien (IT) verläuft mit sehr grosser Schnelligkeit und oft auch sprunghaft. Mit Ausnahme des Grundwissens beträgt die Halbwertszeit des IT-Wissens, vor allem des Produktwissens, zurzeit nur noch wenige Jahre. Mittel- und langfristige Massnahmen im Bildungsbereich sind deshalb kaum verlässlich, zweckmässig und erfolgreich planbar. Die Sicherstellung des beruflichen Nachwuchses ist im schweizerischen Berufsbildungssystem in erster Linie Aufgabe der Wirtschaft, insbesondere deren Fachverbände. Da im IT-Bereich entsprechende Fachverbände mit Berufsbildungserfahrung fehlten, wurde 1995 unter der Federführung der Lehraufsicht des Mittelschul- und Berufsbil-

dungsamtes der Bildungsdirektion (MBA) die Zürcher Lehrmeistervereinigung Informatik (ZLI) gegründet. Deren Aktivitäten wurden in der Folge im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Kantons unterstützt. Die Nachfrage nach Informatiker-Lehrstellen hat sich sehr rasch entwickelt, sodass im laufenden Schuljahr bereits rund 600 Jugendliche eine Informatiker-Lehre absolvieren. Die ständige Vermehrung der Lehrstellen in der Wirtschaft kann der Nachfrage des Arbeitsmarktes jedoch nicht standhalten. Als Gegenmassnahme fördert die Lehraufsicht des MBA seit 1998 in massgebender Weise den Aufbau des Informatiker-Basislehrjahrs. Dieses Basislehrjahr ist zurzeit das wichtigste Regelungsinstrument zur Erweiterung des Informatiker-Nachwuchses im Berufsbildungsbereich. Dementsprechend werden die privaten Trägervereine der neu geschaffenen Basislehrjahre Informatik in Winterthur, Uster und Au/Wädenswil durch das MBA gefördert. Beispielsweise soll in Winterthur die Zahl von derzeit 52 Absolvierenden schon im nächsten Schuljahr verdoppelt werden.

Diese kurzfristig getroffene Massnahme Basislehrjahr zur Förderung des beruflichen Informatiker-Nachwuchses wird zusätzlich ergänzt durch das kantonale Lehrstellenmarketing des Regierungsrates sowie die vom Kanton mit finanzierten Massnahmen der Lehrstellenbeschlüsse 1 und 2 des Bundes. Besonderes Gewicht hat dabei die Förderung der Frauen im Informatikbereich. Durch das MBA werden kantonsweit in acht Bezirken besondere Foren betrieben, die – vom Kanton und von der Privatwirtschaft getragen – ebenfalls den beruflichen Nachwuchs im Informatikbereich fördern. Sodann wirken die Berufsberatungsstellen in ihren Kontakten mit möglichen Lehrfirmen gezielt auf eine Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft im Informatikbereich hin.

Die Bildungsdirektion fördert den Nachwuchs im Informatikbereich aber nicht nur auf der Sekundarstufe II, sondern auch auf der Tertiärstufe: So bietet die Fachhochschule Winterthur seit drei Jahren die Ausbildung in Informationstechnologie (IT) an; erstmals werden noch dieses Jahr voraussichtlich 38 Ingenieure abschliessen und in die Wirtschaftspraxis wechseln. Seit zwei Jahren wird in Winterthur auch der Bildungsgang Kommunikation und Informatik (KI) mit derzeit vier Klassen geführt.

Die Bildungsdirektion trägt der Bedeutung und Entwicklung der IT zudem auch auf der Volksschulstufe Rechnung. Im Rahmen des Schulversuchs 21 soll der Computer in den Lehrplan fest eingebaut und auf der Primarstufe Anwenderwissen und auf der Oberstufe Hintergrundwissen vermittelt werden.

Angesichts der konjunkturellen Lage und der eher geringen Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften konnte in den vergangenen Jahren das fehlende Angebot qualifizierter Informatikerinnen und Informatiker im Inland in ausreichendem Masse durch ausländische Arbeitskräfte gedeckt werden. Das stösst heute an Grenzen, ist doch die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften generell gestiegen. Gegenwärtig bewilligt das Amt für Wirtschaft und Arbeit der Volkswirtschaftsdirektion sehr viele Gesuche für Informatik-Fachleute sowohl aus dem ersten wie aus dem zweiten Kreis. Dabei werden die üblichen, bundesrechtlich vorgeschriebenen Prüfkriterien angewendet. Zu verweisen ist insbesondere auf den Inländervorrang und auf die orts- und branchenüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Eine Verknappung der Kontingente ist erst ansatzweise erkennbar, aber mittelfristig zu erwarten, wenn es nicht gelingt, den Inländermarkt zu entwickeln und insbesondere die Weiterbildung zu forcieren. Vorläufig sind die gesamtschweizerisch zur Verfügung stehenden Kontingente nicht vollständig ausgeschöpft, und das Bundesamt für Ausländerfragen hat zugesichert, für einen Ausgleich nicht beanspruchter Kontingente besorgt zu sein. Die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU über den freien Personenverkehr werden erst mittelfristig zu einer Entlastung führen, voraussichtlich aber in einer ersten Phase an der Verknappung der Kontingente nichts Wesentliches zu ändern vermögen. Deshalb muss sich der Kanton Zürich auf allen Stufen gegenüber den Bundesbehörden für eine realistische Bemessung der Kontingente einsetzen, die der besonderen Wirtschaftsstruktur und der grossen Zahl global tätiger Unternehmen im Wirtschaftsraum Zürich Rechnung tragen. Sollte sich der befürchtete «Notstand» einstellen steht der Regierungsrat Bemühungen für ein Sonderkontingent positiv gegenüber und befürwortet auch eine Anpassung der Kontingente während der Übergangsperiode zwischen dem Auslaufen des Kontingentsjahres 1999/2000 ab November 2000 bis Inkrafttreten der bilateralen Abkommen. Der Handlungsspielraum des Kantons ist hier jedoch sehr beschränkt.

Letztlich ist es unerlässlich, das Potenzial inländischer Arbeitskräfte rasch und gezielt zu entwickeln. Das ist, soweit es um qualifizierte Fachkräfte und Spezialisten geht, vor allem Aufgabe der Unternehmungen und der Verbände. Sie sind in erster Linie in der Lage, in

diesem sich rasch entwickelnden Umfeld die Bedürfnisse der Zukunft frühzeitig zu erkennen und gezielt Schulung zu betreiben.

Zur Behebung des Mangels an Informatikerinnen und Informatikern werden inskünftig die Ausbildungsausgaben des Kantons überproportional veranschlagt werden müssen. Sodann wird das MBA eigene neue Projekte in Angriff nehmen und Projekte von privaten Trägerschaften, insbesondere der Zürcher Lehrmeistervereinigung Informatik ZLI, fördern und die erforderlichen finanziellen Mittel kurzfristig und unkonventionell zur Verfügung stellen. Neben dem Basislehrjahr sind insbesondere auch Lehr-Verbundlösungen zu erproben und zu fördern.

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit prüft einen Anstoss zur Weiterbildung und Umschulung im Informatikbereich. Die entsprechenden Gespräche werden in den kommenden Wochen geführt. Im Mittelpunkt stehen partnerschaftliche Lösungen mit Beteiligung der Wirtschaft, der Bildungs- und Berufsorganisationen und der Behörden. Finanzielle Mittel stehen dazu in der Volkswirtschaftsdirektion allerdings nicht zur Verfügung. Geprüft wird ferner, in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) unter der nach wie vor hohen Zahl von Neuanmeldungen gezielt nach geeigneten Personen zu suchen und eine Informatiklaufbahnberatung anzubieten.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion und die Volkswirtschaftsdirektion.

Vor dem Regierungsrat  
Der Staatsschreiber:  
**Husi**